

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Bedarfsgerechte Personalausstattung in der Justiz gewährleisten

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,
 - a) dass eine am Arbeitsaufwand orientierte Personalausstattung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften für eine effektive und den rechtsstaatlichen Ansprüchen entsprechende Justiz unerlässlich ist.
 - b) dass der sogenannte Roland-Rechtsreport 2014, der das deutsche Rechts- und Justizsystem aus Sicht von Richtern und Staatsanwälten darstellt, besorgniserregende Zustände auch in Mecklenburg-Vorpommern aufzeigt.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) die Personalsituation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Mecklenburg-Vorpommerns auch über das übliche Personalbedarfsberechnungssystem PEEB§Y hinaus zu untersuchen und zu bewerten.
 - b) ihn über die gewonnenen Erkenntnisse bis September 2014 zu unterrichten.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Im Zeitraum September/Oktober 2013 wurden im Rahmen des Roland-Rechtsreports 2014 vom Institut für Demoskopie Allensbach bundesweit 1.770 Richter und Staatsanwälte zur Situation der Justiz in Deutschland befragt. Zwar wird das deutsche Rechtssystem als überwiegend positiv eingestuft, aber die Auswertung brachte auch alarmierende Erkenntnisse hervor. Ganz wesentliche Kritikpunkte waren hier die Personalsituation und das abverlangte Zeitmanagement in den Gerichten und Staatsanwaltschaften. So halten es 88 Prozent der Befragten für dringend erforderlich, zusätzliche Kollegen einzustellen. Die personelle Ausstattung der Gerichte wird von 85 Prozent als schlecht oder sehr schlecht eingestuft und 12 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert haben. Weiterhin gaben 69 Prozent der Befragten an, dass sie nicht genügend Zeit zum Bearbeiten der Fälle hätten. Bei den Staatsanwälten waren es sogar 79 Prozent.

Zu wenig Personal und zu wenig Zeit sind zwei der wesentlichen Punkte, die die Qualität der Rechtsprechung auch in Mecklenburg-Vorpommern beeinträchtigen. Eine Überprüfung der aktuellen Situation und auch des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y an sich ist dringend geboten.